

EUROPÄISCHES PARLAMENT



SONDERAUSGABE

*DIREKTION PLANUNG
DER PARLAMENTARISCHEN ARBEIT*

**EUROPÄISCHER RAT
20. und 21. März 2003
BRÜSSEL**

**REDE DES PRÄSIDENTEN, HERRN PAT COX
SCHLUSSFOLGERUNGEN DES VORSITZES**



02/S-2003

Generaldirektion Präsidentschaft

DE

DE

(Intranet) <http://www.europarl.ep.ec/bulletins> (Special Edition 2003)
(Internet) <http://www.europarl.eu.int/bulletins> (Special Edition 2003)

\\EPADES\PUBLIC\SOMMET\Bruxelles

REDE

des Präsidenten des Europäischen Parlaments

Herrn Pat COX

vor dem Europäischen Rat

am 20. März 2003

in Brüssel

Gesprochenes Wort

IRAK

Nun, da der Krieg im Irak begonnen hat, stehen wir vor einer neuen und schwierigen Phase – die, wie ich hoffe, so kurz und so unblutig wie möglich sein wird.

Ich muss sagen, dass das Europäische Parlament stets eine starke Präferenz dafür gehegt hat, den Krieg nur als letzten Ausweg zu betrachten und in die multilaterale Diplomatie unter Führung der UNO sowie in die Waffeninspektionen zu vertrauen, die seiner Meinung nach nicht zu Ende geführt wurden. Dies ist nach wie vor die Meinung der Mehrheit. Aber das Parlament war in dieser Frage bei der heutigen Außerordentlichen Plenartagung hier in Brüssel gespalten, so wie auch der Rat gespalten ist.

Wir waren uns heute im Parlament der Wehrlosigkeit der unschuldigen irakischen Bürger, deren humanitäre Lage bereits prekär war, bevor der erste Schuss abgefeuert wurde, sowie unserer moralischen Verpflichtung gegenüber diesen Menschen bewusst. Wir haben in unserer Debatte auch anerkannt, dass unsere europäischen Mitbürger – zumeist Briten – im Militärdienst ihre Pflicht erfüllen und dass sie und ihre Familien nun eine schwerer Last an Sorge und besonderer Verletzbarkeit tragen. Als Ire und Europäer muss ich sagen, dass wir heute in Gedanken bei diesen Männern und Frauen sind.

So wie Sie stimmen wir im Parlament hinsichtlich der Ziele überein, konnten uns aber hinsichtlich der Mittel, wie diese Ziele erreicht werden sollen, nicht einigen. In unserer parlamentarischen Aussprache haben wir die Reife bewiesen, zu differenzieren und gleichzeitig auf den guten Glauben jener zu vertrauen, mit denen wir nicht übereinstimmen – dasselbe möchte ich Ihnen für diese Tagung des Rates empfehlen.

Die vergangenen schwierigen Tage und Wochen waren ein Rückschlag für den wirksamen Multilateralismus über die Vereinten Nationen, ein Rückschlag für die Europäische Union und ein Rückschlag für die transatlantischen Beziehungen. Wir müssen uns über vieles Gedanken machen. Manche Fragen drängen sich auf, die jedoch nicht nur an eine Seite in dieser komplexen Auseinandersetzung gerichtet sein sollten. Ein gescheiterter Kompromiss ist eine gemeinsame Verantwortung. Hier markiert er eine Abweichung von der europäischen Art zu verhandeln. Es war kein Misserfolg der kleineren Staaten.

Lassen Sie mich darauf hinweisen, was der Vertrag von seinen Mitgliedstaaten erwartet: *"Die Mitgliedstaaten arbeiten zusammen, um ihre gegenseitige politische Solidarität zu stärken und weiterzuentwickeln. Sie enthalten sich jeder Handlung, die den Interessen der Union zuwiderläuft oder ihrer Wirksamkeit als kohärente Kraft in den internationalen Beziehungen schaden könnte. Der Rat trägt für die Einhaltung dieser Grundsätze Sorge"* (Artikel 11 Absatz 2 VEU). So weit zum Vertrag.

Trotz der herausragenden Anstrengungen des griechischen Vorsitzes sind wir selbst dieser Berufung zu gegenseitiger Solidarität nicht nachgekommen. Es ist also nicht weiter verwunderlich, dass andere sich dafür entscheiden könnten, uns zu ignorieren, wenn wir selbst beschlossen haben, uns gegenseitig zu ignorieren.

Wir erleben düstere Stunden eines Zerwürfnisses von ungekannten Ausmaßen im Hinblick auf die weitere Vorgehensweise. Wir sind benommen und fragen uns: „Wie ist es nur so weit gekommen?“. Und wir fragen uns, ob wir Zeugen einer Ausnahmeerscheinung oder eines schlechten Vorzeichens für die Zukunft sind.

Ich unterbreite Ihnen folgendes Paradoxon: wir erleben mit Sicherheit düstere Stunden, aber es ist vor allem Zeit zu handeln; eine düstere Stunde, jedoch – so hoffe ich – die Stunde vor Anbruch des Tages.

Premierminister Blair hat in seiner staatsmännischen Rede vom letzten Donnerstag betont, dass unabhängig vom Ausgang dieses Konflikts die Debatte über den Irak ausschlaggebend für die künftige Ordnung der Welt sein wird. Ich glaube, darin hat er Recht. In den kommenden Wochen und Monaten besteht die echte Herausforderung für die an diesem Tisch versammelten Führer Europas darin, eine neue Übereinkunft zu finden, die aus diesen Spannungen entsteht, die – wenn sie richtig genutzt werden – durchaus kreativ sein können; eine neue europäische Ordnung, in der wir unsere Interessen definieren und auf dieser Grundlage dann eine neue Europäische Außen- und Sicherheitspolitik entwerfen. Dies ist nicht der Zeitpunkt, um vorwurfsvoll zurückzublicken, sondern vielmehr um hoffnungsvoll in die Zukunft zu blicken.

Europa und die Menschen in Europa brauchen eine Perspektive für die Zukunft, und der Europäische Rat ist das Organ, das hier die Führung übernehmen muss.

Gemeinsam haben wir einen Fahrplan für die Erweiterung entwickelt und stehen kurz vor der Erfüllung dieser großen Herausforderung. Gemeinsam haben wir im Rahmen des Nahostquartetts auf der Veröffentlichung eines Fahrplans für den Nahen Osten bestanden. Es ist höchste Zeit, dass wir gemeinsam einen Fahrplan festlegen, um wieder zu entdecken, was es wirklich bedeutet, Europäer zu sein.

Was ist unsere gemeinsame europäische Agenda?

Der **erste** Punkt auf dieser Agenda ist die Erweiterung. Ich möchte daran erinnern, dass wir bei unserem Treffen in Kopenhagen vor zwölf Wochen mit dem Gefühl einer echten Errungenschaft unter dem Banner „Ein Europa“ zusammengehalten haben. Wir dürfen den „Geist von Kopenhagen“ nicht vergessen. Die Erweiterung stellt eine krönende politische Errungenschaft dieser Generation von Europäern dar. Es darf kein Zögern im Hinblick auf den Zeitplan der Erweiterung geben. Es darf keine Spaltung in ein Europa der zwei Geschwindigkeiten geben. Spaltung ist ein Wort, das der Vergangenheit Europas angehören muss.

Das Europäische Parlament wird bei der April-Tagung seine Zustimmung zum Beitrittsvertrag geben, so dass dieser am 16. April in Athen unterzeichnet werden kann.

Der **zweite** Punkt ist die Herausforderung, Demokratie und Fortschritt in Südosteuropa zu unterstützen. Die verabscheuenswürdige Ermordung von Zoran Djindjic, einem der Rechtsstaatlichkeit und einem Europa der Werte verpflichteten Demokraten, erinnert uns hier an diesem Tisch wie ein eindringliches „Schreckgespenst aus Serbien“ daran, dass wir der Herausforderung in dieser Region bislang nicht gewachsen sind.

Ein **dritter** Punkt auf der Agenda ist unser kollektives Interesse an einem wirksamen Multilateralismus über die Vereinten Nationen. Wir müssen etwas mehr anstreben als das Klischee: „Die USA kämpfen, die UNO gibt Nahrung, die EU finanziert“. Europa hat wertvolle Erfahrungen im Bereich nachhaltigen Friedens. Wir wissen, dass die technologische Ausrüstung, die Kriege gewinnen kann, weitaus besser entwickelt ist als die sanften Mittel, die uns zur Verfügung stehen, um den Frieden zu gewinnen. Diese Lektion haben uns die Erfahrungen in Afghanistan, in Bosnien, im Kosovo und in anderen Ländern gelehrt. Sowohl die Befürworter dieses Krieges als auch dessen Gegner sind heute damit konfrontiert, dass ein gemeinsames Vorgehen gegenüber dem Irak und seinen Nachbarstaaten notwendig ist – verbesserte humanitäre Hilfe während und nach dem Konflikt und Unterstützung des wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbaus des Irak nach dem Krieg, sofern dies unter der Führung der Vereinten Nationen geschieht.

Eine **vierte** Herausforderung ist die Qualität der transatlantischen Beziehungen. Ich könnte es nicht besser ausdrücken als Kommissionsmitglied Patten während der Plenartagung heute Vormittag: „Wahrscheinlich erreichen wir das meiste, was wir als Europäer erreichen wollen, eher, wenn wir in der Lage sind, mit den Vereinigten Staaten zusammenzuarbeiten. Ebenso erreicht Amerika das meiste, was es will, wahrscheinlich eher, wenn Amerika mit der Europäischen Union zusammenarbeiten kann und ... es ist unbestritten, dass der Welt im Hinblick auf Wohlstand, Sicherheit und Stabilität besser gedient ist, wenn Amerika und die Europäische Union zusammenarbeiten“. Es liegt also in unserem gemeinsamen Interesse, zu gewährleisten, dass die Vereinigten Staaten Verpflichtungen und Verbindungen haben und nicht unbeirrbar einen Weg einschlagen, der nur von isoliertem Eigennutz geprägt ist.

Ein **fünfter** Bereich dieses außenpolitischen Wegs ist unsere gemeinsame Strategie im Nahen Osten. Die bevorstehende Veröffentlichung der Fahrpläne des Quartetts ist begrüßenswert, aber längst überfällig. Es ist wesentlich, dass eine Perspektive für Frieden und Miteinander im Nahen Osten und – im weiteren Sinne – für die Qualität unserer Beziehungen zu den arabischen Staaten gefördert und weiterentwickelt wird.

Kurzum, die europäischen Staatsoberhäupter müssen eine klare Botschaft vermitteln: Wir sind entschlossen, die eigenen Angelegenheiten zu regeln und in den kommenden Monaten eine größere Geschlossenheit und eine stärkere Präsenz Europas auf der internationalen Bühne zu verwirklichen.

Lassen Sie mich wiederholen, was ich bei der Außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates im Februar gesagt habe: „Wenn wir aus der derzeitigen Debatte etwas lernen können, so ist es die Tatsache, dass eine Kluft besteht zwischen unserem Streben und unserer Fähigkeit zum Handeln. Zu einer Zeit, da wir über die Zukunft Europas diskutieren, müssen wir einsehen, dass Verfassungen und Institutionen nur leere Hüllen sind, wenn sie nicht von einer entschlossenen politischen Vision und Willenskraft beseelt werden. Das ist die Herausforderung“.

DIE AGENDA VON LISSABON

Die Europäer sind zurecht besorgt über die Auswirkungen des Krieges auf ihren Alltag. Wir müssen daher ernsthaft über die wahrscheinlichen wirtschaftlichen Folgen dieses Konflikts nicht nur für den Irak, sondern für die Weltwirtschaft und für die europäische Wirtschaft nachdenken. Mehr denn je hat dieser Gipfel, auch wenn er zum Teil von den Ereignissen im Irak überschattet ist, eine wesentliche Aufgabe im Zusammenhang mit der Wirtschaftsreform zu bewältigen.

Es ist an der Zeit, damit aufzuhören, den schwarzen Peter zwischen Regierungen und europäischen Institutionen hin- und herzuschieben, und entschieden von der Rhetorik zur praktischen Reform überzugehen.

Auch die Agenda von Lissabon führt uns die Kluft zwischen Bestrebungen und Errungenschaften vor Augen. Der zusammenfassende Bericht der Kommission stellt ganz klar fest, dass die EU ohne zusätzliche Anstrengungen ihre Ziele, insbesondere die beschäftigungspolitischen Ziele, bei Weitem verfehlen wird. Der Hauptgrund dafür ist, dass die Mitgliedstaaten nicht gewährleisten konnten, dass vereinbarte Maßnahmen auch tatsächlich umgesetzt und angewandt werden. Die zunehmende Kluft bei der Durchführung hemmt das Wachstum und enthält den europäischen Bürgern neue Arbeitsplätze vor.

Der Reformstau birgt auch die Gefahr, dass die Rolle und die Glaubwürdigkeit der europäischen Institutionen bei der Herbeiführung eines Wandels untergraben werden. Die Festsetzung gemeinsamer politischer Ziele auf Ebene der EU mit klaren Richtwerten und Fristen kann eine kraftvolle Dynamik haben und der Reform Impulse geben. Aber über strukturelle Indikatoren zu *reden*, darf nicht zu einem Ersatz für wirkliches Handeln und Reformen werden. In Wirklichkeit sind den Worten über die Reform noch keine entsprechenden Taten gefolgt.

Vor zwei Wochen haben europäische Industrielle davor gewarnt, dass ihre Unternehmen künftig außerhalb der Europäischen Union forschen und investieren werden, wenn sich das Unternehmensklima nicht verbessert. Dies war ein Weckruf aus der wirklichen Welt. Eine weitere Warnung wurde zu Jahresbeginn laut, als beim Weltwirtschaftsforum eine Studie vorgelegt wurde, aus der hervorging, dass die EU ihren Zielen nicht näher kommt. Bei sieben der acht in Lissabon festgelegten Kriterien hinken wir den USA und anderen OECD-Ländern hinterher.

Wir haben jedoch Reformen auf den Weg gebracht, und sie haben ermutigende Ergebnisse gezeitigt. Man kann beispielsweise feststellen, dass in den Ländern, in denen die Empfehlungen von Lissabon zum größten Teil umgesetzt wurden, die Arbeitslosigkeit stark zurückgegangen ist und das Wachstum über dem Durchschnitt liegt. Politisch ist das kein Mitte-Rechts-Standpunkt. Dies ist unsere praktische Erfahrung in Europa.

Europa muss auf Wachstum setzen. Unsere Fähigkeit, das Gesundheitswesen, die Erziehung, die künftigen Renten zu finanzieren und den Bedürfnissen und Erwartungen der Bürger auch in anderer Hinsicht zu entsprechen, hängt vom zukünftigen Niveau der Wirtschaftsleistung ab.

Wenn wir nicht auf Wachstum setzen, belasten wir in finanzieller Hinsicht die gegenwärtige und die künftigen Generationen. Wie die Kommission festgestellt hat, wachsen die öffentlichen Ausgaben nur aufgrund der Folgen der Überalterung um 4 bis 8 % des BIP an!

Die nächste Botschaft des Parlaments an Sie ist, dass gesunde öffentliche Finanzen wichtig sind. Wir laufen Gefahr, die lehrreichen Lektionen der Vergangenheit zu vergessen, als die hohen Defizite und Schulden zur Aushöhlung der volkswirtschaftlichen Stabilität beitrugen und enorme Kosten im Sinne von Produktionsverlusten und hoher Arbeitslosigkeit verursachten.

Nach Auffassung des Parlaments ist es nicht nur vom wirtschaftlichen Standpunkt wichtig, in die Menschen zu investieren und Konzepte wie das „lebenslange Lernen“ auch wirklich umzusetzen. Dies trägt zur persönlichen Entwicklung bei und verbessert die Fähigkeit, positiv mit einer im Wandel begriffenen Welt umzugehen.

Außerdem müssen wir viel mehr in FuE investieren. Das EP unterstützt voll und ganz das in Barcelona gesetzte Ziel von 3%. Private Investitionen sollten zwar den Großteil ausmachen, doch wir dürfen nicht vergessen, dass ein Drittel der erforderlichen Ausgaben aus öffentlichen Investitionen stammen sollte. Dies ist für die Entwicklung einer stärker auf die Forschung ausgerichteten Wirtschaft ganz grundlegend. Ein Europäischer Raum der Forschung und Innovation, der 25 Staaten umfasst, bietet mannigfaltige Möglichkeiten für ein wissensorientiertes Wachstum.

Sie haben sicher das Schreiben von Präsident Prodi erhalten, in dem er unter anderem einen Zeitplan von jetzt bis zur nächsten Frühjahrstagung für die wichtigsten ausstehenden Reformen von Lissabon vorschlägt: Eisenbahnen, Energiemärkte, einheitlicher europäischer Luftraum, Finanzmärkte, Beschaffungsmärkte, Informationsgesellschaft, Zeitarbeit, grenzübergreifende Sozialversicherungsregelungen, Biotreibstoffe, Energiebesteuerung, Umwelthaftung und Klimawandel.

Wir im Parlament sind bereit, unsere Rolle bei dieser Reformagenda zu spielen.

Wenn die Wirtschaftsreform Erfolg haben soll, dann ist sowohl einzelstaatliches Handeln als auch ein europäischer Rahmen notwendig. Das Parlament erfüllt seine Aufgaben im Bereich der Gesetzgebung. Der Rat hat jedoch noch viel zu tun. Wir haben gute qualitative Leistungen im Hinblick auf das Legislativprogramm erbracht. Sie haben den Reformprozess angekurbelt. Wir fordern den Rat auf, es uns gleich zu tun.

Wir sollten nun rasch die Interinstitutionelle Vereinbarung über eine bessere Rechtsetzung abschließen. Wir hoffen, dass sie den Ministern ein klares Mandat erteilen, damit sie rechtzeitig zur Tagung des Europäischen Rates in Thessaloniki eine Einigung erzielen, die alle wichtigen Punkte unserer gesetzgeberischen Arbeit abdeckt. Die Rechtsvorschriften der EU müssen die Wirtschaftsreform ankurbeln und nicht behindern.

Sei es nun im Zusammenhang mit dem Irak und der Außenpolitik oder mit der Wirtschaftsreform und der Agenda von Lissabon ich richte im Namen des Parlaments heute Abend die Aufforderung an Sie, entschiedene Anstrengungen zu unternehmen, um die Kluft zwischen dem, was wir versprechen, was wir erhoffen, und was wir leisten, zu schließen.

